



„Jetzt müssen wir alle in dieser Welt leben“

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Februar 2022

Zusammenfassung

Die *Nowaja gaseta* kommentiert die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 21. Februar 2022 als eine „Rede vor dem Krieg“. Das „Hauptopfer dieses Krieges werden die Reste der Freiheit in Russland sein“.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

„Jetzt müssen wir alle in dieser Welt leben“. So überschrieb die bekannte Journalistin und Schriftstellerin Julija Latynina ihren Artikel über die lange Fernsehrede des russischen Präsidenten Wladimir Putin am 21. Februar 2022¹ in der *Nowaja gaseta* („*Neue Zeitung*“), die der Friedensnobelpreisträger von 2021, Dmitrij Muratow, herausgibt und die zu zehn Prozent von Michail Gorbatschow finanziert wird.² Ihr Artikel über die eigenwillige Geschichtsstunde Putins beginnt mit dem Satz: „Die Rede, die Präsident Putin gestern gehalten hat, war eine Rede vor dem Krieg.“ In dieser Rede, so weiter Latynina, sei lange die These propagiert worden, die Ukraine sei ein gescheiterter künstlicher Staat, dessen durch einen Putsch an die Macht gekommene Regierung eine Politik des Völkermords an vier Millionen Menschen betreibe und die sich auf einen Angriff auf Russland vorbereite.

Nach dieser Rede zu urteilen, beabsichtige Präsident Putin, die Ukraine von ihrer „Marionetten- und illegalen Regierung“ zu befreien so wie Stalin von solchen Regierungen die Länder des Baltikums befreit hat. Kurz vorher war eine Außerordentliche Sitzung des sonst geheim tagenden Sicherheitsrats im Fernsehen gezeigt worden, bei der seine Mitglieder – Spitzen der Regierung sowie der Sicherheits- und Außenpolitikorgane – einzeln den Präsidenten „überredeten“, die separatistischen Volksrepubliken in der Ostukraine anzuerkennen.³ Dem Kreml war es offensichtlich wichtig, die Meinung jedes einzelnen Spitzenpolitikers öffentlich festzuhalten, um den Eindruck zu erwecken, dass er – entgegen der Realität – nicht allein entscheidet.

Am nächsten Tag ratifizierte die Staatsduma die Anerkennung der separatistischen Volksrepubliken Donezk („DNR“) und Luhansk („LNR“).⁴ Unklar blieb, ob die Volksrepubliken in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung gemeint sind – sie umfassen jeweils nur etwa ein Drittel der Gebiete Donezk und Luhansk – oder ob die Volksrepubliken auf das gesamte Territorium dieser Gebiete ausgedehnt werden sollen, was nur auf militärischem Wege möglich wäre. Auch am 22. Februar stimmte der Föderationsrat dem Einsatz russischer Streitkräfte außerhalb des Territoriums der Russischen Föderation zu - ohne geographische Begrenzung.⁵ Für den Auslandseinsatz der Streitkräfte ist die Zustimmung des Föderationsrats laut Verfassungsartikel 102, Abs. 1 d erforderlich.

Für Julija Latynina ist die Anerkennung von „DNR“ und „LNR“ nur ein erster Schritt zur Erreichung der Ziele, die Putin in seiner Rede erklärt hat, denn diese werden nur durch die „vollständige Zerstückelung der Ukraine“ erreicht. „Ja, Präsident Putin glaubt sicherlich, was er gesagt hat. Das ist die Welt, in der er lebt. Jetzt müssen wir alle in dieser Welt leben.“ Das „Hauptopfer dieses Krieges werden die Reste der Freiheit in Russland sein“.

In diesem Krieg sieht Latynina die USA als den Hauptfeind. Der Zweck dieses Krieges sei es, die postsowjetische Weltordnung neu zu definieren und zu zeigen, dass die USA diese nicht länger unterstützen können. Die heute entwickelte Weltordnung sehe vor, dass das Hauptwerkzeug für die Expansion eines Landes, der Hauptgrund für sein internationales Gewicht, eine prosperierende Wirtschaft, fortschrittliche Technologien und Wissenschaft seien. Russland könne sich weder mit dem einen, noch mit dem anderen oder mit dem dritten rühmen. Deshalb habe es beschlossen, sich der Geopolitik und der territorialen Erweiterung zuzuwenden.

¹ <http://www.kremlin.ru/events/president/news/67828>

² <https://novayagazeta.ru/articles/2022/02/22/tak-ne-blefuiut>

³ <http://kremlin.ru/events/president/news/67825>

⁴ <http://duma.gov.ru/news/53516/>

⁵ <http://council.gov.ru/events/news/133443/>



Präsident Putin glaube, dass er Russland innerhalb seiner historischen Grenzen wiederherstelle. Aber zumindest werde alles jenseits dieser Grenzen für immer dem russischen Einfluss verloren gehen. „Ob Russland das Russische Reich wiederherstellt oder ihm im Gegenteil den letzten Schlag versetzt, wird die Zukunft zeigen.“

Die Zeit der Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder ist vorbei. Der Kreml erlaubte damals den osteuropäischen Ländern nur eine Außen- und Sicherheitspolitik im Moskauer Sinne, ansonsten wurden sie durch einen sowjetischen Truppeneinmarsch zur Raison gebracht, wie 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Polen übernahm das 1981 durch den Militärputsch seines Generals Wojciech Jaruzelski gleich selbst. Präsident Putin möchte offensichtlich durch eine neue Doktrin erreichen, dass eine begrenzte Souveränität für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetrepubliken gilt.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.

